

Weltoffenheit

BILDUNG **EUROPA TOLERANZ**

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT BÜRGERRECHTE

WOHLSTAND **INNOVATIONEN**

FAMILIEN

Verantwortung

WACHSTUM

EMPATHIE

EIGENTUM

SICHERHEIT

KULTUR

HANDLUNGSFÄHIGER STAAT

**DIE GROSSE
STÄRKE**

DER FDP:

UNSERE MITGLIEDER

FAIRE REGELN

INVESTITIONEN

SELBSTBESTIMMUNG

GESUNDHEIT

ZUKUNFT

FREIHEIT

TRANSPARENZ

Mut

RECHTSSTAAT
BETEILIGUNG

Freiheit

DEMOKRATIE

AUFSTIEG FORSCHUNG

MOBILITÄT

FORTSCHRITT

KLIMASCHUTZ

Coronakrise

Wir Freie Demokraten verhalten
uns konstruktiv-kritisch

Parteileben

Unsere große Stärke:
unsere Mitglieder

Leitbild

Der nächste Schritt in unserem
Weiterentwicklungsprozess



Freiheit, Verantwortung, Mut und Weltoffenheit: unsere Werte, unser Kompass in der Krise



Sarah Bäumchen
Chefredakteurin
Leiterin Kommunikation
und Kampagne

**EINSATZ FÜR DIE FREIHEIT
HEISST EINSATZ FÜR DIE
MENSCHENRECHTE.**

Freiheit ist unsere Mission: Seit über 60 Jahren setzt sich die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit weltweit ein für Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit, Entfaltung der freien Persönlichkeit sowie gegen Diskriminierung und Willkür.

Erfahren Sie mehr über unsere liberale Menschenrechtsarbeit:

menschenrechte.freiheit.org

#FollowForFreedom

Auf der ganzen Welt hat sich der Alltag der Menschen durch die Corona-Pandemie drastisch verändert. Für uns Liberale steht fest: Der Schutz von Menschenleben hat oberste Priorität. Zugleich brauchen wir aber einen Plan zur Gestaltung der kommenden Wochen und Monate, der Freiheit und Verantwortung vereint. Christian Lindner erklärt in dieser Ausgabe, wie wichtig es ist, eine konsequente Öffnungsperspektive zu schaffen. Schritt für Schritt, aber so schnell wie möglich. Natürlich immer unter der Prämisse des Gesundheitsschutzes.

In der Krise wird besonders deutlich, wie wichtig ein intaktes Wertegerüst ist. Wir Freie Demokraten haben hier eine klare Orientierung: Freiheit, Verantwortung, Mut und Weltoffenheit bilden unseren Wertekompass. Unsere größte Stärke aber sind Sie: unsere Mitglieder. Dank Ihrem Engagement und Ihren Überzeugungen, gelingt es uns fortwährend uns weiterzuentwickeln, ohne unsere Grundfesten aus dem Blick zu verlieren. Besonders deutlich wird das bei der Weiterentwicklung unseres Leitbilds. Fast 19.000 Mitglieder haben sich hier aktiv beteiligt und zum Ausdruck gebracht, in welche Richtung wir gemeinsam gehen sollten. Linda Teuteberg fasst das in ihrem Beitrag „Freiheit verteidigen, Zukunft gestalten: Leitbild-Weiterentwicklung 2020“ zusammen. In diesem Sinne freue ich mich auf den weiteren Austausch. Vor allem aber: Bleiben Sie gesund!

Ihre

Sarah Bäumchen

DIE GROSSE STÄRKE DER FDP: UNSERE MITGLIEDER

6-9

Wir müssen sukzessive zurück zur Normalität

In der Coronakrise müssen wir zuerst Menschenleben schützen und dann vorsichtig, aber konsequent die Freiheitseinschränkungen lockern.

5 Meldungen

6 Wir müssen sukzessive zurück zur Normalität

Was auf die Coronakrise folgen muss.

10 Prominentes Neumitglied zieht 574 weitere nach sich

Warum das ehemalige SPD-Mitglied Harald Christ in die FDP eintrat.

12 Was die FDP für mich ausmacht.

Wieso Mitglieder sich engagieren.

14 Knappes Ergebnis nach hartem Kampf

Wie die Hamburgwahl verlief.

16 Freiheit verteidigen, Zukunft gestalten: Unsere Prioritäten für das neue Jahrzehnt

Wie das Leitbild weiterentwickelt wird.

19 Gesundheit First – Digitale Parteilarbeit in Zeiten von Corona

So kommunizieren die Freien Demokraten in der Krise.

20 FDP-Fraktion stellt in der Coronakrise ihre Kompetenz unter Beweis

Der parlamentarische Umgang mit der Pandemie.

22 Ikone des liberalen Rechtsstaates

Zum Tod von Burkhard Hirsch.

Meldungen

Politikaward: FDP-Generalsekretärin ausgezeichnet



Foto: Peter-Paul Weiler, Quadriga

FDP-Generalsekretärin Linda Teuteberg und der Moderator und Schriftsteller Jörg Thadeusz.

Das Magazin politik&kommunikation hat zum 17. Mal den Politikaward verliehen und die Generalsekretärin der Freien Demokraten Linda Teuteberg als „Aufsteigerin des Jahres“ ausgezeichnet. Ihre Entscheidung, die FDP-Generalsekretärin mit dem Politikaward zu ehren, begründete die Jury mit ihrer Durchsetzungsfähigkeit. Die Laudatio auf sie hielt der Journalist, Moderator und Schriftsteller Jörg Thadeusz.

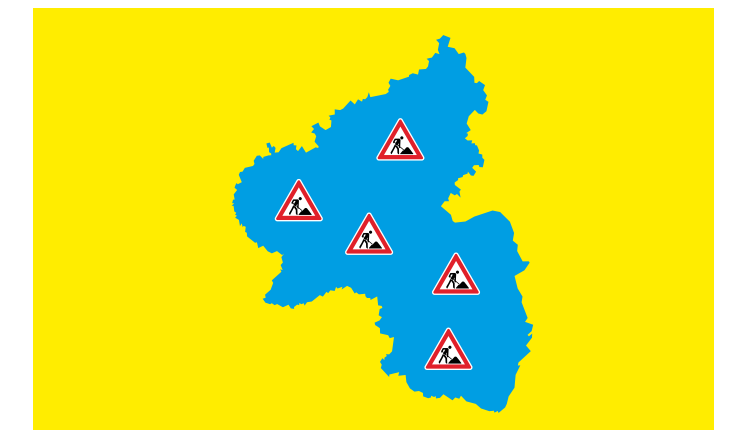
Drei Wirtschaftsminister – ein Ziel: Sie stemmen sich gegen die Folgen der Pandemie



Dr. Volker Wissing, Dr. Andreas Pinkwart und Dr. Bernd Buchholz in Berlin.

liberalen Wirtschaftsminister in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein – Dr. Volker Wissing, Dr. Andreas Pinkwart und Dr. Bernd Buchholz – ein Ziel: schnell, unbürokratisch und wirksam zu handeln, um Selbstständige und Existenzgründer, Handwerk, Mittelstand und große Unternehmen in der Coronakrise nicht im Stich zu lassen. Sie bieten hunderttausenden von Kleinunternehmen und Start-ups Hilfen an, um ihnen und ihren Mitarbeitern Sicherheit zu geben. So konnten die Landesregierungen unter FDP-Beteiligung die Weichen dafür stellen, die Pandemie-Folgen für die Wirtschaft zumindest etwas erträglicher zu machen.

Wissing: Digitale Baustelleninfo ist Meilenstein



Verkehrsminister Dr. Volker Wissing hat den Grundstein für digitales Verkehrsmanagement gelegt.

Mit der Entwicklung von „Baustelleninfo digital“ hat Rheinland-Pfalz Pionierarbeit geleistet. Es ist das erste Bundesland, das eine digitale Baustelleninfo eingeführt hat. „Das ist ein Meilenstein und bundesweit einmalig“, unterstrich Verkehrsminister Dr. Volker Wissing beim Start der neuen Anwendung. „Wir gehen konsequent den Weg der Digitalisierung im Verkehrsbereich.“ Mit „Baustelleninfo digital“ ist nun schon das zweite digitale Verkehrsprojekt in Rheinland-Pfalz binnen kurzer Zeit freigeschaltet worden. „Rheinland-Pfalz hat die Nase vorn! Unsere digitalen Lösungen verbessern nicht nur den Verkehr in Rheinland-Pfalz – sie finden bundes- und europaweit Beachtung und liefern wichtige Erkenntnisse für das Verkehrsmanagement der Zukunft“, so Wissing.

Die Situation ist dramatisch, die Maßnahmen sind gigantisch. Angesichts der Corona-Pandemie eint die drei



Wir müssen sukzessive zurück zur Normalität

In der Coronakrise hat der Schutz von Menschenleben oberste Priorität. Jetzt wird das Land langsam geöffnet. Das ist richtig, doch es gibt Verbesserungsbedarf. Wir müssen die Freiheitseinschränkungen vorsichtig, aber konsequent lockern.



Christian Lindner
FDP-Bundesvorsitzender und
Vorsitzender der FDP-Fraktion

Unser Land, Europa, ja die gesamte Welt ist mit einer Krise historischen Ausmaßes konfrontiert. Mit rasanter Geschwindigkeit hat sich das Coronavirus in zwei Monaten um den Globus herum verbreitet. Wir in Deutschland setzen alles daran, die Infektion einzudämmen und Menschenleben zu schützen. Das öffentliche und das wirtschaftliche Leben wurden heruntergefahren, um die Ausbreitung von Corona einzudämmen. Manche hatten Zweifel, ob die Maßnahmen nicht zu weitreichend sind. Beim jetzigen Wissensstand wären die Alternativen aber zu riskant gewesen. Wir mussten die Ausbreitung verlangsamen. Deshalb waren die Freiheitseinschränkungen verhältnismäßig. Aber wir müssen ständig prüfen, ob es nicht mildere Mittel gibt. Bund und Länder wollen diese nun lockern. Das ist in der Tendenz richtig, doch im Detail gibt es Verbesserungsbedarf. Manches geschieht auch zu langsam.

Wieso sollen vorerst nur Geschäfte mit einer Ladenfläche von bis zu 800 qm geöffnet werden? Wieso trifft sich das sogenannte Corona-Kabinett nun nur noch alle zwei

Wochen? Wieso gibt es kein Expertengremium, das ebenfalls in kurzen Zeitabständen über den Stand der Dinge berichtet und möglicherweise Lockerungen empfehlen kann? Und weshalb gelingt es nicht innovative Technologien beim Tracen und Testen erfolgreicher einzusetzen? Wir müssen die gesamte Wirtschaft bei der Öffnung im Blick behalten, beispielsweise auch Gastronomen. Die Regierung muss aktuell über die Entwicklungen informieren und die Maßnahmen müssen nachvollziehbar und gerecht sein. Der Deutsche Bundestag sollte in jedem Falle in die Bewertung der Maßnahmen eingebunden sein, denn auch in der Stunde der Exekutive muss die Stimme des Parlaments gehört werden. Grundsätzlich wollen wir, so der Gesundheitsschutz es zulässt, in den nächsten Wochen von einer Strategie der Eindämmung hin zu einer sukzessiven Öffnung kommen. Immer müssen wir dabei unser Augenmerk zuerst auf den Gesundheitsschutz richten, aber dürfen gleichsam nie die Auswirkungen des Shutdowns auf Gesellschaft und Wirtschaft vergessen.

Denn der aktuelle Zustand verlangt uns allen viel ab. Wir

wollen frei sein. Er passt nicht zu den Werten einer offenen und freiheitlichen Gesellschaft. Er ist eine Gefahr für den sozialen Frieden, weil schon in der allernächsten Zeit die Akzeptanz der Menschen sinken könnte. Er ist eine Gefahr für unser wirtschaftliches Leben, weil irgendwann der ökonomische Schaden irreparabel sein könnte.

Sobald wir bei der Eindämmung Erfolge sehen, muss es deshalb darum gehen, diesen Zustand weiterhin Schritt für Schritt, aber so schnell wie möglich zu überwinden. Für uns als Freie Demokraten ist es wichtig, dass mit aller Kraft an Auswegen aus der akuten Krise gearbeitet wird. Wir tragen viele Maßnahmen mit, aber zugleich fragen wir jeden Tag, wie lang diese noch nötig sind und was getan wird, um sie überflüssig zu machen. Die Behörden in Bund, Ländern und Kommunen müssen alles unternehmen, damit die Menschen schnellstmöglich in die Freiheit zurückkehren können.

Beispielsweise müssen wir die Gesundheitsbehörden administrativ so aufrüsten, dass sich Infektionsketten wieder nachverfolgen lassen. Dafür sollten wir auch verstärkt auf digitale Instrumente zurückgreifen. Wir brauchen Kapazitäten bei Intensivbetten und mehr Möglichkeiten für schnelle, flächendeckende Tests. Und wir müssen die Intensivmedizin ausbauen, um Menschen mit Komplikationen betreuen zu können. Schließlich sollten wir die Produktion so umstellen, dass dringend benötigtes Material wie Schutzkleidung und Beatmungsgeräte hergestellt werden. Wir müssen von anderen auf der Welt lernen, die besser auf eine Pandemie vorbereitet waren – Südkorea und Taiwan zum Beispiel.

In dieser schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg tragen Regierung und Opposition gemeinsame staatspolitische Verantwortung. In den Ländern sind wir Freie Demokraten Teil von Regierungen, im Bund Opposition. Auch diese Rolle ist mit großer Verantwortung verbunden. Gemeinsam stellen wir unter Beweis, dass unsere Verfassungsorgane trotz der schwierigen Situation handlungsfähig sind.

Bereits vor dem Ausbruch der akuten Krise stand Deutschland am Rande einer Rezession. Mit der Corona-Krise droht unserer Wirtschaft nun ein struktureller Absturz. Wir müssen hier schleunigst gegensteuern. Auch wenn wir viele Akutmaßnahmen der Regierung unterstützen, heißt dies nicht, dass diese genügen. Manches missfällt uns deutlich: Das neue Leistungsverweigerungsrecht und die Veränderungen im Mietrecht verlagern zum Beispiel einseitig Belastungen; hier hätten wir uns Alternativen wie ein Sonder-

wohngeld gewünscht.

Auch die wirtschaftliche Unterstützung für Solo-Selbstständige, Mittelstand, Start-ups und Industrie ist aus unserer Sicht zum Beispiel nicht schnell und treffsicher genug. Statt neue Bürokratie zu schaffen, haben wir den Vorschlag gemacht, unbürokratisch und schnell über das Steuerrecht Liquiditätshilfen auszuzahlen. Die Finanzämter verfügen über die Steuerdaten und wären in der Lage, schnell Geld bereitzustellen - in Form einer Steuerrückerstattung, einer Rücküberweisung von Steuervorauszahlungen oder einer Steuergutschrift, bei der erwartete Verluste verrechnet werden. Allerdings war es wichtig, dass überhaupt gehandelt wird, bevor Hunderttausende Selbständige und Unternehmen in die unverschuldete Insolvenz rutschen. Deshalb haben wir uns auch hier als Opposition konstruktiv verhalten, im Interesse vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land, die dringend auf Liquidität angewiesen sind.

Die Herausforderung durch das Coronavirus ist so groß, dass jeder Einzelne damit überfordert wäre und der Gefahr nur im Zusammenwirken begegnet werden kann. Konkret handelt unsere freiheitlich-demokratische Staat im Moment als Ordnungsmacht, die das regelt, was die individuelle Möglichkeit zur Übernahme von Verantwortung übersteigt. Wir Liberale haben schon immer einen Staat gefordert, der sich auf das Wesentliche konzentriert, statt sich in kleinteiliger Detailsteuerung zu verlieren. Die Abwehr fundamentaler Gefahren, wie wir sie im Moment erleben, gehört dazu. Wir befinden uns in einer historischen Ausnahme-situation, die zeitlich begrenzt bleiben muss.

Nach Überwindung der Krise werden wir uns umso mehr die Frage zu stellen haben, wie sehr der Staat auch nach der Krise in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben eingreifen darf. Was in der Krise angemessen ist, wäre in gewöhnlichen Zeiten unverhältnismäßig. Die akute Krisenlage darf nicht zu einer Änderung aller Koordinaten in unserem Zusammenleben führen. Der Staat muss sich möglichst bald und möglichst weitgehend aus den Bereichen zurückziehen, in die er jetzt eingegriffen hat. Er muss das alte Maß von Eigenverantwortung wiederherstellen. Sie können sich sicher sein: Wir Freie Demokraten werden uns dafür einsetzen, dass der freiheitliche Rechtsstaat, die offene Gesellschaft und die Soziale Marktwirtschaft weiterhin die entscheidenden Fundamente unseres Landes bleiben werden. Eine Verschiebung dieser Koordinaten werden wir nicht zulassen.

Wir werden uns nach der Krise auch mit Fragen der Zu-



Christian Lindner: „Konkret werden wir nach der Bewältigung der akuten Krise auch darüber sprechen müssen, wie unsere Volkswirtschaft ohne staatliche Stützung wieder Tritt fassen kann.“

sammenarbeit in Europa und darüber hinaus beschäftigen müssen. Einer Debatte über neuen Protektionismus und Abschottung werden wir uns offensiv stellen. Denn die Schlussfolgerung aus der Coronakrise eine andere. Nicht Abschottung hilft, sondern die eigentliche Lehre ist doch, dass man eine Menschheitsaufgabe, eine Menschheitsherausforderung wie eine Pandemie, nicht im nationalstaatlichen Kontext bewältigen kann. Corona sollte Anlass ist, neu über internationale Kooperation zu sprechen, wenn eine Aufgabe zu groß ist, als dass sie von einem Nationalstaat allein gelöst werden kann. Ich wünsche mir, dass wir schon bald wieder den Zustand von internationaler Zusammenarbeit und Reisefreiheit herstellen können, den wir in dieser Krise so schmerzlich vermissen.

Konkret werden wir nach der Bewältigung der akuten Krise auch darüber sprechen müssen, wie unsere Volkswirtschaft ohne staatliche Stützung wieder Tritt fassen kann. Auf Dauer wird selbst der starke deutsche Staat nicht in der Lage sein, eine Volkswirtschaft zu stabilisieren, die nicht ins Leben zurückfindet. Die jetzt gespannten Schutzschirme

werden in der Zukunft Bürger und Unternehmen bezahlen müssen. Dann wird es darum gehen, dass die langfristigen wirtschaftlichen Folgen dieser aktuellen Krise nicht zulasten der nächsten Generationen einseitig verteilt werden.

In Zukunft werden deshalb auch Debatten darüber zu führen haben, welche politischen Vorhaben Priorität genießen sollen und welche nicht. Wir Freie Demokraten haben schon vor der Krise darauf gedrungen, dass die arbeitende Mitte unseres Landes nicht über Gebühr belastet wird. Diejenigen in der Mitte der Gesellschaft, die so viel von ihrer Leistung abgegeben haben in den vergangenen Jahren und damit solidarisch waren, sollen auch in Zukunft erwarten dürfen, dass die staatliche Gemeinschaft in diesen Krisenzeiten mit ihnen auch solidarisch ist.

Dem werden wir auch treu bleiben, wenn die gesundheitlichen Gefahren überwunden sein werden – hoffen wir alle und tragen wir dazu bei, dass dies so schnell wie möglich geschieht.

Prominentes Neumitglied zieht 574 weitere nach sich

31 Jahre lang war er SPD-Mitglied, jetzt der Wechsel zur FDP. Harald Christ stärkt das wirtschaftspolitische Profil der Partei.



Bettina Lauer
Pressesprecherin
der FDP

Nach 31 Jahren Mitgliedschaft trat der Manager und Unternehmer Harald Christ im Dezember aus Protest gegen den Linkskurs aus der SPD aus und wechselte zur FDP. „Wir freuen uns, dass Harald Christ eine neue politische Heimat bei den Freien Demokraten gefunden hat. Er verstärkt unser wirtschaftspolitisches Profil und vertieft auch unsere wirtschaftspolitische Positionierung“, so Christian Lindner. Der 48-jährige Harald Christ ist Inhaber der Berliner Kommunikationsberatung Christ & Company. Seine berufliche Karriere führte ihn durch zahlreiche Konzerne und Branchen, und er bekleidete mehrere Toppositionen bei Banken und Versicherungen. Aktuell ist er u. a. im Aufsichtsrat der GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH sowie der ERGO Direkt AG, Mitglied im Beirat der SIGMA Group und Vorsitzender der ERGO Stiftung.

Seinen Mitgliedsantrag unterschrieb Christ am 3. März direkt im Büro des Parteichefs. Viele haben daraufhin gefragt, ob sie denn auch einen solchen Empfang bekommen, wenn sie in die Partei eintreten. Deshalb bot Christian Lindner noch am gleichen Tag um kurz vor 20:00 Uhr per Video auf Facebook folgendes an: Wer heute bis Mitternacht bei den Freien Demokraten mitmacht und online den Mitgliedsantrag stellt, den lädt er herzlich ein, ihn im Hans-Dietrich-Genscher-Haus auf einen Kaffee zu treffen. Das haben 574 (!) Menschen wahrgenommen. So viele Mitgliedsanträge wurden noch nie an einem Tag verzeichnet. Ein Treffen muss wegen des Coronavirus und den aktuellen Auflagen bis auf Weiteres verschoben werden. „Wir wollen dies aber sobald als möglich nachholen, denn wir freuen uns über einen solch starken Rückenwind“, so der Parteichef.

Interview mit Harald Christ

fdplus: Nach 31 Jahren sind Sie aus der SPD ausgetreten und engagieren sich jetzt in der FDP. Wie kam es dazu ?

Christ: Ich bin seit meinem 15. Lebensjahr politisch engagiert und war immer sozialliberal. Ich habe nun eine vor mehr als 30 Jahren getroffene Entscheidung korrigiert, weil es die SPD, in die ich 1988 eingetreten war, so nicht mehr gibt. Ich kenne und schätze Christian Lindner seit vielen Jahren und stand der Partei inhaltlich immer nahe. Als er mich gefragt hatte, habe ich Ja gesagt – so einfach und konsequent ist das. Ich bringe mich gern als aktives Mitglied mit meinen Möglichkeiten in die liberale Familie ein. Die positive Resonanz auf meinen Eintritt in die FDP hat mich sehr gefreut und motiviert, dass es die richtige Entscheidung war.

Ihr Eintritt hat 574 weitere Neumitglieder nach sich gezogen. Wie finden Sie das?

Ich freue mich über den großen Zuspruch für die FDP und nehme mich selbst nicht so wichtig dabei. Sicherlich ist es in erster Linie die tolle Einladung gewesen, die Christian Lindner an alle Neumitglieder ausgesprochen hat, die am gleichen Tag ebenfalls den Weg in die liberale Familie fanden. Ich würde jederzeit mit weiteren Neumitgliedern Kaffee trinken und stehe dafür auch in Zukunft zur Verfügung. Politik lebt vom Mitmachen und daher sollten wir viele Menschen dafür begeistern, das in der FDP zu tun.

Wie konkret wollen Sie bei den Freien Demokraten mitarbeiten und sich und Ihre Expertise einbringen?

Ganz einfach: Ich habe über 30 Jahre Erfahrung in Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur, zahlreiche Wahlkämpfe aktiv begleitet, mein Netzwerk ist belastbar und vielschichtig. Ich bringe mich mit meinen Möglichkeiten inhaltlich überall da ein, wo es der FDP dient und gewünscht ist. Auf Bundes- und Landesebene. Ich helfe und arbeite gerne mit. Es gibt zahlreiche talentierte Köpfe bei den Liberalen. Betonen möchte ich aber auch: Ich strebe derzeit keine Ämter und Mandate an.

Viele Wählerinnen und Wähler beklagen ein Klima der politischen Unsicherheit. Was kann man dagegen tun?



Hier unterschreibt Harald Christ den Mitgliedsantrag.

Den Bürgerinnen und Bürgern klar und deutlich zeigen, wofür die FDP programmatisch steht und die Sicherheit geben, dass die Liberalen das ganze Land im Blick haben sowie die Zusammenhänge verstehen. Eine Vision und einen Masterplan entwickeln, wie wir das Land 2020 und darüber hinaus weiterentwickeln wollen. Die soziale, ökonomische, ökologische, digitale Transformation, vor der wir Deutschen stehen, kraftvoll und überzeugend gestalten. Vor allem nicht beliebig sein, nicht sprunghaft. Entschlossenheit und Selbstbewusstsein ausstrahlen. Leadership.

Sie sind erfolgreicher Unternehmer, waren im Schattenkandidat von Frank-Walter Steinmeier und Mittelstandsbeauftragter der SPD. Wie ist es Ihrer Meinung nach um den Wirtschaftsstandort Deutschland bestellt und welche Partei vertritt die Werte der Sozialen Marktwirtschaft am glaubwürdigsten?

Deutschland ist schon seit längerem dabei, den Anschluss zu verlieren. Die aktuelle Coronakrise zeigt viele Versäumnisse sehr deutlich auf, wie z. B., dass wir in der digitalen Arbeitswelt und technischen Infrastruktur einen riesigen Nachholbedarf haben. Das Land wurde politisch ganz ordentlich verwaltet, die Zukunft gestaltet wurde nicht. Wir haben nach wie vor eine gute Substanz, aus der wir mehr machen müssen. Anpacken! Zupacken! Umsetzen! Die Welt wartet nicht auf uns – es gibt keine Zeit mehr zu verlieren. Ich wäre nicht Mitglied der FDP geworden, wenn ich nicht davon überzeugt bin, dass wir die Werte der Sozialen Marktwirtschaft glaubwürdig vertreten. Aber das gilt es den Wählerinnen und Wählern zu vermitteln. Hier scheint es großen Nachholbedarf zu geben.

Was die FDP für mich ausmacht:



Fabienne Buck

Stuttgart, Praktikantin Friedrich-Naumann-Stiftung

„Die FDP zwingt den Menschen nicht zu einer verbindlichen Moralvorstellung ODER Lebensweise, sondern schafft einen Raum, in dem sich jeder frei entfalten und selbstbestimmt über die Gestaltung des eigenen Daseins entscheiden kann.“



Hans Jansen

Hamburg, Kaufmann und Mitglied im Kreisvorstand Blankenese und Mitglied im Bezirksvorstand Altona

„Unsere Vorstellung von freiheitlicher Demokratie steht für einen starken Staat, der seine Bürger schützt und fördert, sie aber nicht bevormundet. Dementsprechend steht meine FDP klar zwischen dem dogmatischen linksgrünen Zeitgeist und dem rechten Irrsinn.“



Natalie Sapir

Berlin, Stadtführer

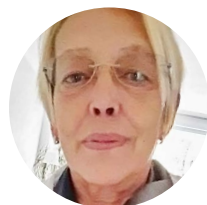
„Die FDP ist die einzige Partei, die (Solo-) Selbstständige und ihre Interessen ernstnimmt. Durch die Coronakrise ist mein Einkommen komplett eingebrochen. Die FDP hat hier die besten Vorschläge zur Hilfe.“



Jonas Bayer

Hamburg, Vorsitzender und Ombudsperson der Liberalen Hochschulgruppe

„Charakteristisch für die FDP ist der Fokus auf ein demokratisches Miteinander. Bei offenen Strukturen können sich Parteifreunde, Basis wie Funktionäre über jegliche Themen austauschen.“



Miriam Müller

München, Kinderkrankenpflegerin

„Liberale Grundsätze überzeugen mich. Vertrauen in die Fähigkeit eines jeden, Eigenverantwortung und Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen, sind Grundwerte der FDP. Aufgrund dieser Überzeugungen möchte ich mich bei der FDP engagieren.“



Kai Mielke

Duisburg, Vorstandsmitglied des Liberalen Mittelstandes NRW, Vor Corona: Produzent von Tanz- und Businessbekleidung
Jetzt: Produzent von Atemmasken

„Die FDP begreift als einzige Partei das Ausmaß der Krise. Menschen müssen produktiv sein und nicht Geld vom Staat erhalten! Solange niemand was produziert, kann man vom Helikoptergeld nichts kaufen.“



Yana Mark

Halle (Saale), Anwältin und Fraktionsvorsitzende im Stadtrat ebenda

„Die FDP ist für mich die politische Kraft, die den Einzelnen mit seinen Talenten und Zielen im Fokus hat. Ob im Beruf oder Privatleben – der Staat soll ermöglichen, nicht verhindern. Wir respektieren jedes individuelle Glück und Lebensmodell.“



Hermann Küsgen

Overath, Ratsmitglied und Fraktionsvorsitzender ebenda

„Schon bei meinem Eintritt war ich der Grundüberzeugung, dass es eine weltoffene Partei geben muss, die, jenseits von sozialistisch, konservativ oder auch grün ausgeprägter Staatsgläubigkeit, für die Freiheit und die Bürgerrechte jedes Einzelnen eintritt. Trotz aller Höhen und Tiefen war und ist dies für mich immer die FDP als einzige wirkliche liberale Partei in Deutschland.“



Sanjar Khaksari

Bayreuth, Freelancer

„Wir leben in einer immer komplexer und vernetzter werdenden Welt. Und schon vor hundert Jahren haben die einfachen Lösungen nicht mehr funktioniert. Darum unterstütze ich eine Partei, die keine simplen Antworten gibt, sondern richtige: Die FDP.“



Anna Staroselski

Berlin, Vizepräsidentin der Jüdischen Studierendenunion Deutschland

„Eine friedliebende Gesellschaft kann ohne Freiheit, Selbstbestimmung und Weltoffenheit nicht bestehen. Die FDP ist die erforderliche politische Kraft, die unser Zusammenleben in Wohlstand, Vielfalt und Pluralismus sichert.“

Knappes Ergebnis nach hartem Kampf



Anna von Treuenfels
Mitglied der Hamburgischen
Bürgerschaft und des
FDP-Bundesvorstands

Am Ende war es unglaublich knapp: 1060 Stimmen fehlten der Hamburger FDP am 23. Februar zum Wiedereinzug als Fraktion in die Bürgerschaft. Das entspricht – beim komplizierten Wahlrecht in der Hansestadt mit bis zu 5 Stimmen für die Landesliste pro Wahlberechtigtem – 212 Wählern. Die insgesamt 202.059 Stimmen von gut 41.000 Wählern für die FDP reichten leider nur für exakt 4,97 Prozent. Immerhin, im Wahlkreis Blankenese vertrauten mir die Bürger als einziger FDP-Kandidatin ein Direktmandat an.

Woran hat es gelegen? Im Kern wohl an zwei Punkten: Die öffentliche Aufmerksamkeit richtete sich seit dem Frühwinter über Wochen nur auf die Frage, ob Grüne oder SPD stärkste Partei würden und damit den ersten Bürgermeister stellen könnten. Keine Oppositionspartei hat gegen diese Fokussierung auf zwei Köpfe ein Rezept gefunden, auch wir nicht – obwohl unsere Kampagne im Gegensatz zu mancher anderen von Beobachtern als entschlossen und überzeugend bewertet wurde.

Der zweite Punkt war Thüringen: Gerade als die SPD in Umfragen deutlich an den Grünen vorbeizog und wir Hoffnung schöpften, wieder mehr über Inhalte als über Bürgermeisternamen sprechen zu können, passierte der Fehler von Erfurt. Die Hamburger FDP kämpfte spätestens ab diesem Punkt

geschlossener denn je, viele Freunde aus anderen Bundesländern halfen dankenswerterweise, das Engagement war herausragend – aber gegen die öffentliche Empörungswelle wieder ausreichend aus der Defensive zu kommen, war in zweieinhalb Wochen nicht möglich.

Jetzt werde ich allein nicht lockerlassen, um in der Hamburgischen Bürgerschaft gegen eine nach links verschobene rot-grüne Zwei-Drittel-Mehrheit zu beweisen: Die Mitte lebt!



Die Spitzenkandidatin im Wahlkampf.

Foto: ghh 2020



#füreinander

Spende Fürsorge mit deinem
Beitrag zum Corona - Nothilfefonds.

DRK-Spendenkonto IBAN: DE63 3702 0500 0005 0233 07 BIC: BFSWDE33XXX

www.drk.de

Freiheit verteidigen, Zukunft gestalten: Leitbild-Weiterentwicklung 2020

Rund 19.000 Mitglieder haben sich im Januar an einer Umfrage zur Weiterentwicklung des liberalen Leitbilds beteiligt. Über die Ergebnisse der Befragung und was daraus folgt.



Linda Teuteberg
Generalsekretärin
der FDP

Die Welt hat sich in den letzten Jahren ebenso rasant wie tiefgreifend verändert. Von der Migration über den Klimawandel bis zur Coronakrise: Auf diese und viele andere Herausforderungen der Gegenwart müssen wir Freie Demokraten tagespolitische Antworten geben. Um dies jederzeit aus einer liberalen Grundhaltung tun zu können, haben wir uns 2014 ein Leitbild gegeben, an dem wir unser politisches Handeln im Alltag ausrichten.

Mit den Erfahrungen der letzten Jahre und dem Blick auf neue gesellschaftliche Entwicklungen und Fragestellungen wollen wir eine Aktualisierung und Weiterentwicklung dieses Leitbildes vornehmen. Dazu haben wir in einem ersten Schritt die Mitglieder unserer Partei gefragt. Und fast 19.000 von Ihnen haben geantwortet und uns in einer Mitgliederbefragung Auskunft darüber gegeben, in welche Richtung wir aus Ihrer Sicht weiter gemeinsam gehen sollten.

Über den Auftrag, den Freie Demokraten in unserer Zeit haben, gibt es in unserer Partei eine klare Meinung. Die Freiheit der Menschen zu sichern, die Selbstbestimmung des Einzelnen zu fördern und die Zukunft zu gestalten – lösungsorientiert und weltoffen: Diese Erwartung unserer Mitglieder daran, aus welcher Haltung heraus wir Politik machen wollen, bestätigt sehr deutlich den optimistischen, auf die Freiheit und Selbstbestimmung setzenden Kern unseres Leitbildes. Sie betont zugleich – stärker als es bisher in unserem Leitbild ausgedrückt ist – die Verantwortung von Liberalen für die Zukunft.

Dazu haben wir auch gefragt, welche Herausforderungen unsere Mitglieder mit Blick auf die Zukunft als vordringlich ansehen. Besonders häufig genannt werden hier die Themen Bildung (45,9 Prozent) und Entlastungen bei Steuern und Abgaben (37,0 Prozent). An dritter Stelle folgt bereits



Teuteberg: „Wenn wir unserem Anspruch gerecht werden wollen, eine Partei für das ganze Volk zu sein und Mitglieder, Wählerinnen und Wähler aus allen Bevölkerungsgruppen für uns zu begeistern, sofern sie unser Lebensgefühl und unsere Werte teilen, dann müssen wir auch diese innere Vielfalt stärken und nach außen tragen.“

der Wunsch nach einer nachhaltigen Entwicklung für Klima und Umwelt (35,0 Prozent). Weitere Themen, die jeweils von mehr als einem Drittel als wichtige Herausforderung betrachtet wurden, sind die Digitalisierung (34,7 Prozent), der Abbau von Bürokratie (34,2 Prozent) sowie die Regelung von Migration und Integration (33,7 Prozent).

Noch deutlicher wird das Bild, wenn es darum geht, bei welchen Themen die Freien Demokraten noch stärker sichtbar sein sollten: Nach der Bildungspolitik (36,5 Prozent) sind hier die Klimapolitik (32,0 Prozent) und die Steuerpolitik (30,3 Prozent) den Teilnehmern der Befragung am wichtigsten. Etwa jedes vierte Mitglied, das teilgenommen hat, wünscht sich außerdem eine höhere Priorität für die Wirtschafts- bzw. Digitalpolitik.

Bei der Frage, wie wir an Klima- und Umweltpolitik herangehen wollen, werden Verbote und Verzicht nur von sehr

wenigen Freidemokraten (3,1 Prozent) befürwortet. Wohlstand und Fortschritt stehen für uns nicht im Widerspruch zum Schutz natürlicher Lebensgrundlagen (21,4 Prozent). Vielmehr setzen wir auf Innovationen zum Schutz von Klima und Umwelt (22,0 Prozent).

Aufgrund einer ausführlichen Analyse dieser und vieler weiterer Aussagen der Mitgliederbefragung haben wir im nächsten Schritt „5 x 7 Thesen als Orientierungspunkte für das neue Jahrzehnt“ formuliert. Nach einer Bewertung und Debatte dieser Thesen auf unserer Mitgliederplattform Meine Freiheit arbeiten wir jetzt daran, das Leitbild behutsam anzupassen, um Themen und Überzeugungen noch besser abzubilden, deren stärkere Betonung unseren Mitgliedern offenkundig besonders am Herzen liegt.

Wir stellen nichts auf den Kopf, sondern präzisieren und schärfen nach. Die Ergebnisse und die Frage, wie wir das

Gesundheit First – Digitale Parteiarbeit in Zeiten von Corona



Moritz Eichhorn
Stv. Pressesprecher
der FDP

Wenn etwas „viral geht“, war das bisher meist positiv zu verstehen. So nennen sich Posts in sozialen Medien, die rasend schnell riesige Reichweite entwickeln. Doch in Zeiten der Corona-Pandemie hat der Begriff einen üblen Beigeschmack bekommen. „Digital statt viral“ muss jetzt die Losung lauten. Denn gerade dieser Tage sind Kanäle wie die sozialen Medien wichtig, um weiterhin Kommunikation zu gewährleisten, während eine Verbreitung des Virus verhindert wird.

Gerade für die Politik ist das entscheidend, denn sie besteht zu großen Teilen aus Kommunikation: Kommunikation mit den Wählern, Austausch innerhalb von Parteien und natürlich auch die Auseinandersetzung mit Mitbewerbern. Normalerweise geschieht das bei öffentlichen Auftritten und in persönlichen Gesprächen, bei Diskussionsveranstaltungen und Wahlkampfauftritten – im direkten Kontakt eben. Doch in Zeiten der Corona-Pandemie ist das nicht möglich. Daher haben die Freien Demokraten in der Krise ihre ex- und interne Kommunikation fast vollständig in den digitalen Raum verlagert. Seit mehreren Wochen finden Präsidiums- und FDP-Bundesvorstandssitzungen per Videokonferenz statt. Auch die Bundesfachausschüsse kommen so zusammen. Christian Linder trifft sich online zum Hintergrundgespräch mit Journalisten.

Bei all diesen Formaten werden Veranstaltungen, die vormalig in Person stattfanden, nun online ausgerichtet. Das ist unerlässlich. Doch es genügt nicht. Die Freien Demokraten haben deshalb eine Reihe neuer Formate entwickelt, um mit der Öffentlichkeit, mit Mitgliedern und mit Experten im Gespräch zu bleiben oder neu ins Gespräch zu kommen. Kürzlich begrüßten Generalsekretärin Linda Teuteberg und Bundesgeschäftsführer Michael Zimmermann Neumitglie-

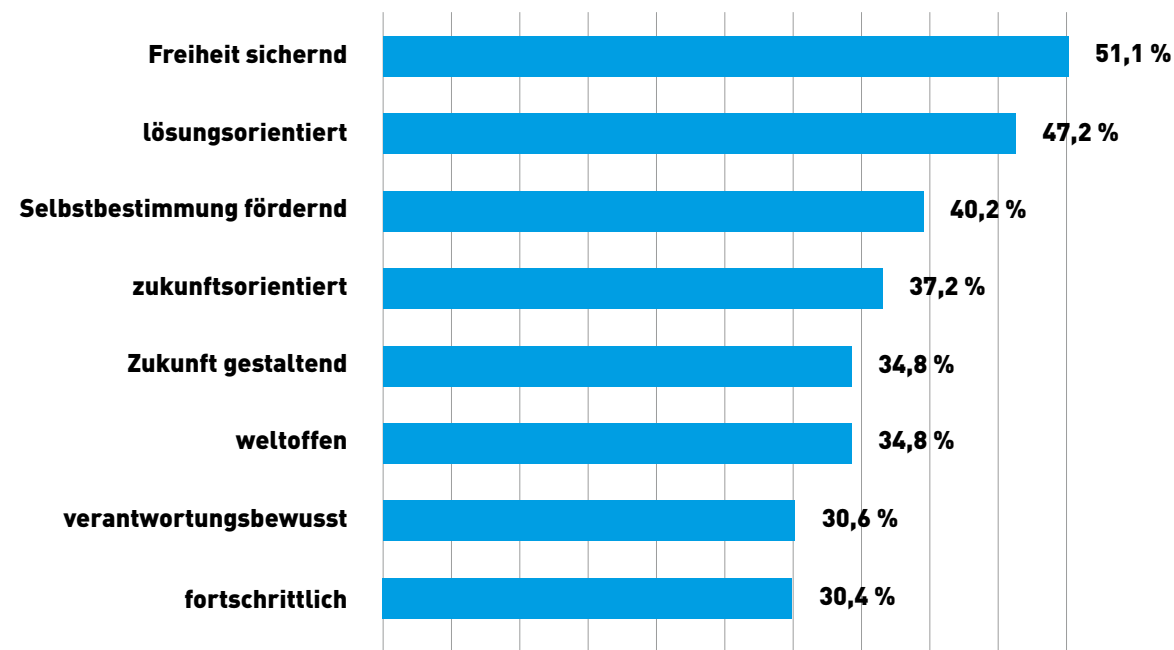
der in einer digitalen Kennenlernrunde. Neu@FDP nennt sich das Format. Unter dem Stichwort Wir@FDP – Digital. Partei.Leben. finden sich derweil Handreichungen zu praktischen Fragen für die Gliederungen der Partei. So lassen sich Mitgliederversammlungen, Listenaufstellungen oder Vorstandswahlen digital bewerkstelligen. Und schließlich diskutieren Präsidiumsmitglieder im Rahmen der digitalen Webtalk-Serie Mut@FDP gemeinsam mit Experten aus Wirtschaft, Politik und Kultur über Konzepte in Krisenzeiten. Bei den ersten Veranstaltungen traf Linda Teuteberg auf den früheren Verfassungsrichter Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio, die stellvertretende Bundesvorsitzende Katja Suding sprach mit Neumitglied Harald Christ und geplant ist ein Austausch zwischen Christian Lindner und Prof. Dr. Michael Hüther.

Ziel der Freien Demokraten bleibt es, das Virus zu besiegen und die Rückkehr in eine offene Gesellschaft zu erreichen. Die Digitalisierung ist dafür unverzichtbar.



Der Bundesvorstand kommt per Videoschleife zusammen.

Bitte markieren Sie fünf Schlagworte, die Ihr Idealbild der FDP am besten beschreiben.



Ergebnisse der Mitgliederbefragung.

Darstellung der acht meistgenannten Begriffe (von 18 möglichen Antworten)

aktualisierte Leitbild auf die Fragen unserer Zeit anwenden, werden wir schließlich auch öffentlich diskutieren – unter den aktuellen Umständen voraussichtlich in einem oder mehreren digitalen Formaten.

Die Aktualisierung unseres Leitbildes bildet zugleich den Ausgangspunkt für unseren Programmprozess zur Bundestagswahl 2021. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung geben uns wertvolle Hinweise darauf, wie wir die Vielfalt in unserer Gesellschaft auch programmatisch besser wahrnehmen können. Denn sie zeigt, dass es schon innerhalb der FDP unter den Teilnehmern der Befragung unterschiedliche Schwerpunktsetzungen zum Beispiel zwischen Geschlechtern und Altersgruppen gibt.

So priorisieren Freidemokratinnen zum Beispiel häufiger die Bildungs-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und beschreiben ihr Idealbild der FDP öfter als „lösungsorientiert“, „Selbstbestimmung fördernd“ und „verantwortungsbewusst“. Freidemokraten stimmten dagegen häufiger für Steuer- und Wirt-

schaftspolitik, Digitalisierung und Migration. Ihr Idealbild der FDP beschrieben sie häufiger als „fortschrittlich“. Jüngere Befragte wiederum nennen verstärkt Klima-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik als Themen, älteren Teilnehmern sind häufiger innere Sicherheit, Wirtschafts- und Steuerpolitik ein besonderes wichtiges Anliegen.

Wenn wir unserem Anspruch gerecht werden wollen, eine Partei für das ganze Volk zu sein und Mitglieder, Wählerinnen und Wähler aus allen Bevölkerungsgruppen für uns zu begeistern, sofern sie unser Lebensgefühl und unsere Werte teilen, dann müssen wir auch diese innere Vielfalt stärken und nach außen tragen. Auch das ist eine wichtige Erkenntnis, die wir aus dieser Mitgliederbefragung ziehen sollten. Dass Sie dies ermöglicht haben, dafür danke ich den vielen tausend Mitgliedern, die durch ihre Antworten sehr konkret an der Kursbestimmung unserer Partei mitgearbeitet haben.

FDP-Fraktion stellt in der Coronakrise ihre Kompetenz unter Beweis

Die Fraktion der Freien Demokraten verhält sich in der Krise konstruktiv-kritisch und hat an Verbesserungen mitgewirkt. Dem Gesetzespaket stimmte sie aus staatspolitischer Verantwortung zu.



Nils Droste
Pressesprecher
der FDP-Fraktion

Es war ein historischer Tag für Deutschland: Angesichts der Coronakrise wurde am Mittwoch, den 25. März, das größte Hilfspaket in der Geschichte des Landes vom Deutschen Bundestag beschlossen. In dieser Krise verhält sich die Fraktion der Freien Demokraten konstruktiv-kritisch und hat an zahlreichen Verbesserungen mitgewirkt. Diese Haltung unterstrich der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner in seiner Rede: „Wer denkt bei den Bildern aus Italien nicht an die eigene Familie? Ich denke nicht an statistische Größen, sondern an meine Omas. Deshalb sind die aktuellen Freiheitseinschränkungen verhältnismäßig.“ Zugleich machte er jedoch auch Zweifel deutlich: „Der aktuelle Zustand widerspricht aber der menschlichen Natur. Er passt nicht zu den Werten einer offenen Gesellschaft.“ Er sei eine Gefahr für den sozialen Frieden und unser wirt-

schaftliches Leben. „Mit dem heutigen Tag muss es deshalb darum gehen, diesen Zustand Schritt für Schritt, aber so schnell wie möglich zu überwinden. Von der Ertüchtigung des Gesundheitswesens über die Bereitstellung von flächendeckenden Tests auf Corona muss nun die Regierung, müssen die Behörden in Ländern und Kommunen alles unternehmen, damit die Menschen schnellstmöglich in die Freiheit zurückkehren können“, betonte Lindner. Schon am Vortag hatte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion, Dr. Marco Buschmann, hervorgehoben, dass jedem klar sein müsse, dass das nur ein erstes Paket gewesen sei. „Mit diesen Maßnahmen wird die Krise nicht beendet werden, sondern wir werden in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder feststellen, dass wir vor neuen Herausforderungen stehen, die möglicherweise auch



Der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Lindner unterstrich in seiner Rede die konstruktiv-kritische Haltung seiner Fraktion.

weiteren Änderungsbedarf erfordern“, so Buschmann. Auch er forderte „Szenarien, wie wir das öffentliche Leben verantwortungsvoll wieder hochfahren können“. Dem Gesetzespaket stimmte die FDP-Fraktion aus staatspolitischer Verantwortung zu. Dabei ging es erstens um die Abfederung der wirtschaftlichen Auswirkungen durch einen Nachtragshaushalt, einen Wirtschaftsstabilisierungsfonds und die Aussetzung der Schuldenbremse, zweitens um die Abmilderung der Folgen für das Zivil-, Insolvenz- und Strafrecht und drittens um Gesetze zum Bevölkerungsschutz, zur Entlastung der Krankenhäuser und zum Sozialschutz. Das Paket wurde bereits seit dem Wochenende vor der Abstimmung intensiv beraten. Dabei konnte die FDP-Fraktion viel erreichen. Lindner dazu: „Aspekte, die uns wichtig sind, haben Eingang in die Beschlussvorlagen ge-

funden, beispielsweise dass die Schwelle zur Stabilisierung von Unternehmen nicht bei 2.000 Beschäftigten, sondern bei 250 Beschäftigten liegt; dass Grundrechtseingriffe wie etwa das Auslesen von Mobilfunkdaten nicht hopplahopp in dieser Krise beschlossen werden, sondern sorgsamer zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal besprochen werden können; dass die Befugnisse des Infektionsschutzgesetzes, die dem Bund neu zuwachsen, zeitlich befristet sind, sodass in ruhigeren Zeiten diese Fragen neu aufgeworfen werden können.“ Bereits zuvor hatte die FDP-Fraktion ein Akut-Programm gegen die Corona-Wirtschaftskrise in den Bundestag eingebracht und so ihre Wirtschafts- und Krisenkompetenz unter Beweis gestellt.

Ikone des liberalen Rechtsstaates

Tief bestürzt hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit den Tod von Burkhard Hirsch aufgenommen. Damit hat Deutschland einen großen Liberalen verloren.



Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Stv. Vorsitzende der
Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit



Dr. Karl-Heinz Paqué
Vorstandsvorsitzender
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit

Burkhard Hirsch hat wie wenige andere Politiker dieses Landes die deutsche Nachkriegspolitik geprägt. Als Politiker und liberaler Bürgerrechtler war er eine starke Stimme für den sozialen Liberalismus, für Demokratie und Rechtsstaat, für individuelle Freiheit, die offene Gesellschaft, Nachhaltigkeit und Umweltschutz. Diese Stimme ist nun für immer verstummt. Nachfolgende Generationen werden seine Standpunkte aufgreifen und weiterentwickeln.

Er gehörte zu jener prominenten Gruppe von Liberalen, die aus Mitteldeutschland stammten und nach der deutschen Teilung als Juristen in den Westen gingen, unter ihnen Hans-Dietrich Genscher, Wolfgang Mischnick und Gerhart Baum, mit dem er zeit seines Lebens befreundet war. Geboren in Magdeburg-Neustadt, aufgewachsen in Halle an der Saale studierte er Rechtswissenschaft in Marburg und

war nach Tätigkeit in einem Industrieverband und Promotion seit 1964 bis zu seinem Tod als Rechtsanwalt in Düsseldorf tätig. Ab 1948 Mitglied der LDP und dann 1949 im Westen der FDP war er in Nordrhein-Westfalen zunächst in der Kommunalpolitik und dann als Innenminister tätig. Daneben hatte er über die Jahrzehnte zahlreiche hohe Ämter in der Partei inne, war Vorsitzender der FDP in Nordrhein-Westfalen sowie langjähriges Mitglied des FDP-Bundesvorstands.

Die politischen und gesamtgesellschaftlichen Verdienste von Burkhard Hirsch können nicht genug gewürdigt werden. Der ganzheitliche Liberalismus und ein an Werten ausgerichteter Rechtsstaat waren die Antriebskräfte seines liberalen Engagements. Stets blieb er seinem moralischen Grundsatz verpflichtet: „Es gibt keine individuelle Frei-



Der frühere Bundestagsvizepräsident und ehemalige Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Burkhard Hirsch, starb im Alter von 89 Jahren.

heit ohne gesellschaftliche Freiheit.“ Mit liberalen Freunden strengte er zahlreiche Verfassungsbeschwerden an. Mit juristischem Florett focht er erfolgreich gegen das Luftsicherheitsgesetz, das den militärischen Abschuss eines entführten Flugzeuges legitimieren sollte, gegen den sogenannten Lauschangriff und gegen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung. Drei Erfolge für die Grundrechte und für eine angemessene Reaktion des Staates auf terroristische Gefährdungen. Er bleibt über seinen Tod hinaus eine Ikone des liberalen Rechtsstaates.

Der Schwerpunkt seiner Arbeit lag also zweifellos in der Rechtspolitik. Aber er war auch zeit seines Lebens ein großer Freund Mitteldeutschlands, seiner Heimat. Bei kaum einer der jährlichen Veranstaltungen zum Tag der Deutschen Einheit fehlte er. Als 2003 die Feier in der Stadthalle auf der

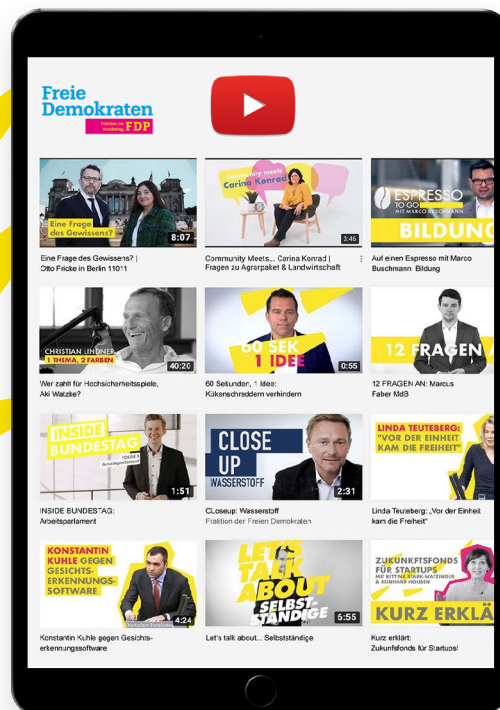
Magdeburger Elbinsel stattfand, war er selbstverständlich dabei – und tief gerührt, dass er mit 73 Jahren in seiner Heimatstadt die Festrede des ungarischen Schriftstellers der Freiheit Imre Kertész erlebte.

Burkhard Hirsch vertrat einen modernen, ganzheitlichen Liberalismus, der sich aus der Aufklärung speist und die Würde des Menschen als überragende Maxime jedes politischen Handelns achtet. Liberale seines Schlages werden angesichts der immensen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen dringend gebraucht. Er wird uns ein Vorbild für unsere politische Arbeit bleiben. Seine mahnende Stimme wird uns anspornen.

Youtube-Kanal der FDP-Fraktion

Freiheit hat nicht nur ein Gesicht. Freiheit hat viele Gesichter. 80, um genau zu sein. Gemeinsam sorgen wir für einen neuen Beat im Bundestag. Und setzen uns ein für die beste Bildung, eine starke Wirtschaft und ein modernes Land durch Digitalisierung – auch in Zeiten der Krise. Es wird Zeit, uns besser kennenzulernen. Auf dem Youtube-Kanal der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag.

Mehr dazu unter youtube.com/fdpbt



Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit

-  fdpbt.de
-  [@fdpbt](https://www.instagram.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://twitter.com/fdpbt)
-  [@fdpbt](https://www.facebook.com/fdpbt)

Freie Demokraten

Fraktion im Bundestag **FDP**